KBA 16381

Rheinische Pfarrerbruderschaft Essen, den 15. April 1934

Liebe Brüder !

Nach dem Dienst in der Karwoche und zu Ostern, den wir in diesem Jahre alle in besonderer Verbundenheit mit unseren Gemeinden getan haben werden, grüssen wir Euch alle von Herzen als Brüder gleicher Freude und gleicher Verheissung: „Siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende". Ein tiefer Segen liegt in der Anfechtung und Drangsal, die wir mit unseren Gemeinden zu bestehen haben. Wie werden wir von aller Vielgeschäftigkeit hinweg= und hineingetrieben in die Schrift, daß wir erkennen die Gabe unseres Gottes und trotzen lernen auf seine Zusagen zum Bestehen und Widerstehen!

Große, verborgene Dinge sind in Rheinland und Westfalen geschehen! Unter der Verfolgung, die ein verblendetes Kirchenregiment wie allerwärts so besonders jetzt im Westen gegen die erwachenden Gemeinden und ihre Prediger mit allen Mitteln zur Erhaltung seiner fragwürdigen Macht betreiben muss, wächst der Glaube an den Sieg der Wahrheit wider allen Augenschein. Reihenweise werden im Westen die Presbyterien aufgelöst, unsere Brüder suspendiert, diszipliniert, strafversetzt und zwangspensioniert. Zusammenkünfte unserer Bruderschaften,der synodalen Arbeitsgemeinschaften stehen unter kirchlichen Drohungen und Verboten. Versammlungen der bekenntnistreuen Gemeinden stehen unter Störungsfeuer und Sperrketten. Dennoch wankt die Front nicht. Diffamierungen und Verleumdungen gehen wie Hagelschauer nieder. Dennoch ist das Band des Vertrauens nich zerrissen. Ohne Werbung durch Zeitungen und Plakate, ohne Abkündigung, unter dem Druck staatsfeindlicher Verdächtigung ihrer kirchlichen Gegner kommen Hunderte und Tausende in kleineren und grossen Gemeinden als „Bekennende Gemeinde" zusammen.Wo die Pfarrer fehlen, sammeln treue Gemeindeglieder die „Gemeinde unter dem Wort" und rufen nach Wegweisung und Hilfe. Von überall her kommen die Bitten um Redner, kommen die stärkenden Briefe mit der inständigen Bitte, festzubleiben und nicht zu weichen. Viel betendes Gedenken macht die Herzen fest.

Liebe Brüder ! Wir stehen betroffen still vor den erwachenden Fragen nach der Kirche und fragen zugleich, ob wir gesundes Brot und rechte Speise auszuteilen haben. Wir sind mehr denn je zum Zeugnis gefordert: „So mache dich auf, und richte es aus; der Herr wird mit dir sein" (1.Chron. 22,16).

Im Einzelnen sei Euch kurz die kirchliche Gesamtlage beleuchtet. Die „Karfreitagsbotschaft" ist allenthalben mit größtem Vorbehalt gelesen und als kirchenpolitische Maßnahme verstanden worden. Unsere Stellung zu ihr geht Euch als ein Wort an die Gemeinden zu. Bestellungen sind zu richten an P.Hardt, Bochum, Am Stadion 5. Bitte, sorgt für die Verbreitung!! 1000 Stück = RM 4,50.!

Die Ernennung von Dr. Jäger zum rechtskundigen Mitglied des Geistlichen Ministeriums weckt die Erinnerung an den Juli 1933 und die damalige Äußerung, die Erscheinung Jesu ist das letzte Aufflammen nordischer Art in einer von Zersetzungserscheinungen gequälten Welt ! Die Botschaft zum kirchlichen Frieden vom 13.4. steht in seltsamem Gegensatz zur Karfreitagsbotschaft. Hieß es dort:„ Wir würden selbstverständlich nichts lieber tun als eine Amnestie erlassen, wenn wir auch nur die geringste Garantie dafür hätten, daß damit wirklich Friede einkehren würde ", so ist zu fragen: Hat der Reichsbischof inzwischen von uns dafür Garantien gefordert und erhalten? Davon ist nicht das Geringste bekannt! Weiter hieß es dort: „Ich habe die Mitglieder des Geistl. Ministeriums angewiesen, möglichst bald mit den Herren Landesbischöfen und Bischöfen Verbindung aufzunehmen und in

Beratungen einzutreten, ob und wie weit die aus dem Dienst entlassenen aufbauwilligen Kräfte wieder irgendwie in den Dienst gestellt werden können". Dabei war die Forderung eines Reverses angekündigt. Und jetzt? „Die Verordnung des Reichsbischofs .... vom 4. Januar 1934 wird außer Kraft gesetzt". Welche Wendung, durch welche Fügung ? In der kirchlichen Presse stand am 15.4. zu lesen: („Protestantenblatt" Nr.16 vom 15.April 1934)

„Das Berliner Landgericht hat in einer Klage des früheren Präsidenten des preußischen Oberkirchenrats und Mitgliedes des Geistlichen Ministeriums, Werner, gegen den Herrn Reichsbischof entschieden, daß alle Gesetze und Verordnungen ohne Werners Unterschrift (also seit vor Weihnachten) nicht rechtsgültig seien und ihm sein Gehalt nachzuzahlen sei."

Darnach dürfte die sonst unverständliche Wendung sich erklären. Die Botschaft zum kirchlichen Frieden vom 13.4. (wieder ein 13.) ist kein Gnadenakt, sondern eine durch ordentlichen Gerichtsbeschluß diktierte rechtliche Notwendigkeit. Sie ist die erzwungene Preisgabe ungesetzlicher Handlungen des Herrn Reichsbischofs. Es wird abzuwarten sein, welche Verordnungen bezw. Gesetze gleichfalls außer Kraft gesetzt werden müssen. Es wird weiter abzuwarten sein, ob die künftigen Kundmachungen den bis jetzt nur rechtlich erzwungenen Rücktritt von Gewaltmaßnahmen als einen echten Kurswechsel bestätigen. Der notwendige Rückzug an dieser Frontstelle ist aber noch kein Waffenstillstand zur Aufnahme von Verhandlungen, erst recht nicht wird das Anliegen der Bekenntnisfront schon hiermit erfüllt.

In Hamburg ist D. Schöffel zurückgetreten, weil er als Lutheraner die neue Kirchenpolitik mit ihrem Ziel einer bekenntnislosen Einheitskirche nicht hat verantworten können. In Schleswig-Holstein sucht Bischof Paulsen die Mitarbeit der Notbundpfarrer gegen den völkischen Flügel seiner D.C. In Hannover ist D. Mahrarens seit dem dortigen Landeskirchentag schwer gehemmt. In Sachsen hat Bischof Coch für den Revers bei wenigstens 3 offiziellen Versuchen nur eine Unterschrift bei 380 Notbundpfarrern erreicht. In Schlesien ist D. Zänker wegen seines gemäßigten Kurses sehr gefährdet. In Württemberg ist gleichzeitig mit der Friedensbotschaft der erwartete Angriff auf Bischof D.Wurm erfolgt. Damit ist dort der scheinbare Friedenszustand gebrochen und der Kampf vom Zaune gebrochen. In Bayern ist man sich der ernsten Lage wohl bewußt und verfolgt die Entwicklung im Westen mit größter Anteilnahme. Eine amtliche Erklärung des Münchener Landeskirchenamtes zieht klar und entschieden die Grenze zwischen einer lutherischen Bekenntniskirche und einer unitaristischen Reichskirche. Unüberbietbar deutlich ist besonders folgende Ausführung: „Wir sehen mit ernster Sorge, wie heute eine dem Wesen unserer Kirche fremde Hierarchie in den deutschen Protestantismus eindringt und das Wesen des geistlichen Amtes und damit den evangelischen Charakter unserer Kirche zu zerstören droht. .....
.....

Wir können es nur als eine Säkularisation der Kirche betrachten, wenn sie nicht nur den äußeren Aufbau ihrer Verfassung,sondern auch die Funktionen des Amtes einem weltlich-politischen Vorbild entnimmt.-- Wir sehen mit tiefem Erschrecken, daß das, was der 28.Artikel der Augustana gegen die Herrschaftsansprüche der römischen Hierarchie über die Kirche sagt, heute fast wörtlich gegen die Theorie und Praxis eines bischöflichen Systems gerichtet ist, das sich im deutschen Protestantismus herauszubilden beginnt. Wir fragen mit tiefer Sorge, ob nicht das konsequent zu Ende gedachte kirchliche Führersystem schließlich

in einem neuen Papsttum enden muß, wo ein einzelner Mensch über Lehre und Ordnung der Kirche verfügt". Für diese lutherische Bestätigung unserer Einsichten hier im Westen sind wir Herrn Bischof D. Meiser aufrichtig dankbar und freuen uns der Einheit im Bekenntnis. -

In Berlin ist Bischof D. Karow zurückgetreten, weil er die kommende Personalpolitik ablehnen müsste?

In Westfalen haben sich bei 200 Gemeinden (über die Hälfte der westfälischen Gemeinden!!) durch Beschluß ihrer Presbyterien der „Bekenntnissynode"unterstellt. Die aufgelösten Presbyterien amtieren weiter, ebenso haben die versetzten Pfarrer ihr neues Amt nicht angetreten. Die Aufspaltung der westfälischen Kirche ist Tatsache. Westfalen ist für die D.C. verloren. Im Rheinland geht der Austritt der Pfarrer aus den D.C. immer noch weiter. Große Versammlungen der Gemeinden unter dem Wort finden überall statt. Die Wende in den Gemeinden ist eingetreten. Ein Beispiel: In Essen waren zur Bekenntnisversammlung rund 8000 versammelt; zwei Tage darauf bei den D.C. etwa 700-800! In Duisburg fand am 15.4. nachm. 3 1/2 Uhr trotz herrlichem Frühlingswetter eine von rund 4000 besuchte dreifache Bekenntnisversammlung statt usw. usw.Die Behörde setzt ihre Gewaltmaßnahmen fort. Brd. Graeber-Essen steht vor einem zweiten Disziplinarverfahren auf Aberkennung der Rechte des geistlichen Standes !! Wir wollen seiner gedenken in dieser harten Prüfung. Die Hilfsprediger werden vor Bestätigung ins Amt mit Reversen zermürbt, die sie ohne Gewissensbeugung nicht unterschreiben können. Die Kandidaten werden künftig nicht mehr nach 2 Jahren zum 2. Examen zugelassen. Sie werden nach Ermessen der Behörde zu seiner Zeit aufgefordert, sich zur Prüfung zu melden!! Das Presbyterium Barmen-Gemarke ist aufgelöst, aber noch unerschüttert im Dienst. Mehrere andere stehen wegen „Arbeitsunfähigkeit" vor der Auflösung. Das „Dekanatsgesetz" wird baldigst in Kraft treten. Wohl im gleichen Zuge wird die Neubildung der Kreissynoden erfolgen. Vielleicht kommt dann wieder eine Taufe und anschliessend die Neuordnung der gemeindlichen „Rechte". Damit wäre der kalte Abbau unserer Kirchenordnung vollendet, die noch am 26.1. als in Kraft stehend vom Reichsbischof anerkannt wurde. -

Allenthalben schreitet die Bildung der „Bekenntnisgemeinden" und ihrer Bruderräte fort. Die Bildung der „Bekenntnissynoden" in den einzelnen Kirchenkreisen ist fast durchgeführt. Die Pfarrbruderschaft ist der Pfarrkonvent unserer „Freien Synode". Ein entsprechendes Kandidaten- und Hilfspredigerkonvent ist gebildet. Ein Konvent der Diakonen wird sich anschliessen. - Das westdeutsche Jungmännerwerk hat in einer Erklärung bekundet, daß seine Arbeit der der „Bekenntnisgemeinden" entsprechen wird. Zum Besonderen unserer rheinischen Aufgaben gehen Euch bald Mitteilungen durch die Freie Synode zu. Aus Vorstehendem erhellt, dass die „Freie Synode" fortschreitend die Zusammenfassung aller „bekenntnistreuen" Gemeinden und Organisationen, Pfarrer und sonstigen kirchlichen Mitarbeiter zu werden verspricht.

Zum Schlusse die unvermeidlichen Finanzen! Alle Brüder wollen ihren Monatsbeitrag von 1,-RM an den synodalen Vertrauensmann zahlen, der die Hälfte gesammelt an unsere Kasse abführt. Das Sonderopfer für den Betrieb der Bruderschaft von RM 5,- für März ist noch nicht überall geleistet. Für April erbitten wir RM 5,- als „brüderliche Hilfe" der im Gehalt gekürzten Brüder. Nehmt diese Not auf eure Herzen! Seid nicht lässig! Alle Zahlungen müssen durch die Vertrauensleute gehen, damit klare Übersicht gegeben ist. Ohne pünktliche Ordnung leidet unsere Sache.

In einzelnen Bruderschaften hat sich die Notwendigkeit ergeben, einige Brüder wegen ihrer passiven Haltung oder wegen ihres innerlichen Abrückens von uns zu trennen. Wir bitten, wo es not tut,nach gemeinsamem Beschluß klar und entschieden entsprechend zu verfahren.

In Treuen Eure

D. Humburg-Gemarke. Schlingensiepen-Unterbarmen. Schomburg-Düsseldorf. Joh.Graeber-Anhausen. Dr.Schmidt-Oberhausen. Sachsse-Oberwinter. Encke-Köln. Wehr-Saarbrücken.